

Endet Hilfe für Sinti und Roma?: Budgetkürzung bedroht Beratungsstelle

Der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus droht die Schließung. Ihre Mittel werden gekürzt – obwohl der Bundestag etwas anderes versprochen hatte.

Von **Marlene Jacobsen**
05.10.2024, 12:14 Uhr

Anfeindungen von Nachbarn, Diskriminierung bei der Wohnungssuche, Polizeigewalt – das ist Normalität für viele Sinti und Roma in Deutschland. Die Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) erfasst diese Art des Rassismus und hilft Betroffenen, sich Beratung zu suchen. Seit drei Jahren ist MIA damit das einzige Projekt dieser Art in Europa. Doch damit könnte bald Schluss sein.

Die Planung im Bundeshaushalt für 2025 sieht nur 25.000 Euro für die Meldestelle vor – statt wie bisher jährlich 1,2 Millionen Euro, die vom Bundesfamilienministerium gestellt werden. Für Guillermo Ruiz, den Geschäftsführer von MIA, ist diese drastische Kürzung ein Schock. „Das würde das Aus für unser Projekt bedeuten“, so Ruiz. Lediglich die regionalen Meldestellen in Bayern und Berlin, die von den Ländern finanziert werden, könnten fortbestehen.

Ruiz sieht die Bundesregierung in der Verantwortung gegenüber Sinti und Roma als eine der Opfergruppen des Holocaust. Während des Nationalsozialismus wurden in Europa schätzungsweise bis zu einer halben Million Sinti und Roma ermordet. Die Meldestelle erfasst auch antiziganistische Vorfälle wie die Schändung von Gräbern und Denkmälern.

„Die Diskriminierung von Sinti und Roma ist in der Gesellschaft tief verankert“, so Ruiz. Eine Studie der Alice-Salomon-Hochschule Berlin aus dem Jahr 2020 zeigt, dass alltägliche Erfahrungen mit antiziganistischem Rassismus bei Betroffenen häufig zu einer erheblichen mentalen Belastung führt.

Die Diskriminierung von Sinti und Roma ist in der Gesellschaft tief verankert.

Guillermo Ruiz, Geschäftsführer der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus

2023 hat die Meldestelle 1233 antiziganistische Vorfälle dokumentiert. Etwa die Hälfte davon wird als verbale Stereotypisierung eingestuft, hinzu kommen unter anderem 40 Angriffe und zehn Fälle von extremer Gewalt. MIA geht von einer hohen Dunkelziffer der Vorfälle aus.

„Verheerendes Signal“

„Das sind mehr als Zahlen, dahinter stecken Schicksale und Menschenleben“, so Ruiz. Eine eigene Meldestelle zur Erfassung von Antiziganismus sei enorm wichtig, weil unter ihnen viel Misstrauen gegenüber den Behörden und der Polizei herrsche. Ruiz und seine Kollegen ermutigen Betroffene, sich juristisch gegen Diskriminierungen zu wehren, oder Strafanzeige zu erstatten, wenn sie Opfer von Straftaten geworden sind. Doch oft hätten die Betroffenen kein Geld für Anwaltskosten.

In der aktuellen Legislaturperiode wurden bereits mehrere Maßnahmen zum Schutz der Minderheit beschlossen, zuletzt die Einrichtung einer ständigen Kommission für das Leben von Sinti und Roma. Außerdem wurde der Posten des Antiziganismus-Beauftragten geschaffen – als einer der mittlerweile über 20 Beauftragten der Bundesregierung.

Im Dezember 2023 hatten alle Fraktionen, mit Ausnahme der AfD, beschlossen, die Förderung der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) „über 2024 hinaus sicherzustellen“. Dieses Versprechen ist nun geplatzt. Und das, obwohl Vertreter der Bundesregierung viel Zuspruch für das Projekt geäußert hätten, so Guillermo Ruiz.

Noch hofft Ruiz, dass die Entscheidung im Haushaltsausschuss revidiert wird. Dafür setzt sich der erste Antiziganismus-Beauftragte, Mehmet Daimagüler, ein. „MIA hat eine enorme Bedeutung für die Community und ist eine wichtige Quelle im

Kampf gegen Antiziganismus. Sie muss weiter finanziert werden. Alles andere wäre ein verheerendes Signal“, so Daimagüler.

Auch für Romani Rose, den Vorsitzenden des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, sind die geplanten Budget-Kürzungen für die Meldestelle unbegreiflich. „Eine derartige Entscheidung der Bundesregierung verharmlost Antiziganismus und stuft ihn nicht als Gefahr ein.“